

Deutsches Nachrichtenbüro G.m.b.H.

(Als Manuscript gedruckt, Nachdruck und jede Art Verbreitung ohne Vereinbarung untersagt. Eine alle Gewähr.)

5. Jahrgang

Berlin, Montag 11. April 1938

Nr. 617

Gesamtergebnis der Wahl zum Großdeutschen Reichstag

Berlin, 11. April. Das vorläufige amtliche Gesamtergebnis der Wahl zum Großdeutschen Reichstag ergibt folgende Zahlen:

Gesamtzahl der Stimmberechtigten	49 493 028
Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen	49 279 104 (99,57 v. H.)
Gültige Stimmen insgesamt	49 203 757
Für die Liste und damit für den Führer	48 751 587 (99,08 v. H.)
Gegen die Liste des Führers	452 170

Die Zahl der Abgeordneten im Großdeutschen Reichstag beträgt jetzt insgesamt 513.

Das Ergebnis der Volksabstimmung in Oesterreich

Berlin, 11. April. Das Ergebnis der Volksabstimmung in Oesterreich ergibt nachstehende Zahlen:

Gesamtzahl der Stimmberechtigten	4 474 138
Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen	4 460 778 (99,7 v. H.)
Gültige Stimmen insgesamt	4 455 015
Für die Liste und damit für den Führer	4 443 208 (99,73 v. H.)
Gegen die Liste des Führers	11 807.

Der Führer dankt Göring.

Berlin, 11. April. Der Führer und Reichstagsleiter hat dem Ministerpräsidenten Generalmarschall Göring nachfolgendes Telegramm geschickt:

„Lieber Generalmarschall Göring!

„Am heutigen Tage, an dem Sie vor fünf Jahren das Amt des Reichsministerpräsidenten übernommen haben, bedeute ich in herzlichem Dankbrief Ihre treuen Mitarbeiter am Reichstag Deutschlands. Was Sie in diesen fünf Jahren für die Befreiung Deutschlands geleistet haben, geht der Geschichte an. Das Ihre treue Volk mir noch lange Jahre zur Seite steht, ist mein größtes Wunsch!“

„In aller Freundschaft
Ihr
(gez.) Adolf Hitler.“

Dankgesandtschaft an Godesdienst.

Berlin, 11. April. Der Leiter der Deutschen Evangelischen Kirchenleitung und Präsident des Oberkirchenrats, Dr. Werner, hat die deutschen evangelischen Landeskirchen auf, aus Anlaß des überwältigenden Abstimmungsergebnisses in allen deutschen evangelischen Kirchen am Montag, den 11. April, von 20 bis 20.15 Uhr die Godesdienstläuten und am Dienstag, den 12. April, feierliche Dankgottesdienste abhalten zu lassen.

Für die Evangelische Kirche der altpreussischen Union ist bereits eine entsprechende Anweisung ergangen.

Die Einheit des Reichsvolkes im Großdeutschen Reich.

Berlin, 11. April. Reichsjustizminister Dr. Gierke hat an die Justizbehörden folgenden Erlaß über die Einheit des Reichsvolkes im Großdeutschen Reich herausgegeben:

„Die Grenzgebiete zwischen dem Reich und Oesterreich sind gefallen. Im ganzen Reich gibt es nur noch die deutsche Gerichtsbarkeit, die im Namen des Deutschen Volkes Recht spricht.“

„Diese Tatsachen müssen die Justizbehörden und alle Rechtsbehörden auch solange Gesetzeskraft und Gerichtsstandorten noch nicht vereinigt sind, überall zum Ausgangspunkt und zur Maßlinie ihres Handelns nehmen. Insbesondere sind die Gerichte, die bisher dem unmittelbaren Bereiche aller Justizbehörden unterstehend und dem Verkehr der Justizbehörden mit den Reichsständen entgegenstanden, befristet.“

„Schwierigkeiten, die sich regelmäßig noch aus der Verschiedenheit der geltenden Vorschriften und behördlichen Einrichtungen ergeben, müssen überunden werden. Dabei werden insbesondere die Bestimmungen der bisherigen deutsch-österreichischen Rechtsvorschriften den Weg weisen.“

„Ich erwerbe, daß alle Justizbehörden und Rechtsbehörden sich ihrer hohen Aufgaben bewußt sind und zu ihrem Ziel mit Mithilfe, den nimmermolekollektiven Zusammenarbeiten und auf dem Gebiet der Rechtspflege innerlich zu vereinigen.“

Verlängerung der Amtsdauer der Vertrauensräte.

Berlin, 11. April. Durch Gesetz vom 1. April 1938 ist die Amtsdauer der Vertrauensräte erneut — bis auf weiteres — verlängert worden.

Zurückhaltende Aufnahme Dalakers in der Pariser Konferenz.

Paris, 11. April. Neben dem gesamtlichen Referentium zum Großdeutschen Reich liegt die Bildung der neuen Regierung durch Daladier im Vordergrund des Interesses der Pariser Konferenz.

Die große Mehrheit der Delegation ist mit dem Ergebnis des Regierungsvorschlages einverstanden zufrieden, wenn die

Aufnahme auch nicht gerade begeistert ist, da die Schwäche der parlamentarischen Organisation, auf der das Kabinett beruht, für die weitere Zukunft Bedenken stiftet.

Bei der Betrachtung der Haltung der verschiedenen parlamentarischen Gruppen gegenüber dem neuen Kabinett finden die Wähler allgemein zu der Schlussfolgerung, daß die Regierung im Senat auf jeden Fall Unterstützung finden werde, und auch in der Kammer ließe sich, nur für die Wechselseitigkeit des Regierungsprogramms Vorbehalte gemacht werden.

Die marxistischen Blätter allerdings machen frisch heutzutage merkwürdige Behauptungen.

Das Generalratsmitglied Krenke zieht einen Vergleich der beiden letzten Regierungen und meint, daß die neue mit dem Willen der Volksfrontregierung auch gar nichts mehr gemein habe.

Der sozialdemokratische Parlamentsredner Daladier habe angeblich eine feste und feste Regierung bilden wollen, aber von dem neuen Kabinett könne man weder das eine noch das andere behaupten. Bei aller Begeisterung ist in dem sozialdemokratischen Blatt keinerlei Hinweis auf die Haltung der Stammmehrzahl dieser Partei gegenüber der neuen Regierung zu finden.

Für die Haltung der kommunistischen Minorität ist die Moskauer Erber wieder einmal nicht redigiert eingetroffen, so daß das Blatt mit keinem Wort die neue Regierung kommentieren kann.

Die Londoner Presse zur Regierung Daladier.

Berlin, 11. April. Die Londoner der Londoner Morgenblätter mißt dem neugebildeten Kabinett Daladier keine allgütige Lebensdauer zu.

Im Verlaufe der Times heißt es, wegen der Stimmzahl der Sozialdemokraten und Kommunisten ließe der Aussichts für die Regierung in der Zukunft, besonders im Hinblick auf die wachsende Unruhe in der Industrie.

Da die Stimmung der größten Partei in der Kammer derzeit ist, daß sie die erste Gelegenheit ergreifen würde, um durch den Sturz eines radikalen Ministers Maßnahme zu nehmen, werde die Regierung beschleunigt vorgehen müssen, wenn sie eine Niederlage vermeiden sollte.

Das fremdenländische als hier in unangenehme politische Stimmung über die zunehmende Unruhe in der Metallindustrie, deren Ursachen ebenso politischer wie wirtschaftlicher Art zu sein scheinen.

Daher Zerschlagung föhreit, für das neue Kabinett werde es schwierig zu sein, die Regierung zu führen, da weder Vertreter der Medien noch der Wähler darin fassen.

„Ich Dalai Krenke meint, Daladier, französisch „harter Mann“, habe ein sehr wenig überzeugendes Kabinett gebildet.“

„Nach Ansicht von Neus Greenwich hat Daladier weder das Kabinett gebildet, das er wünschte, noch es das Kabinett, auf das die Freunde französisch gebildet hätten.“

Besuch des polnischen Referentiums in Belgrad.

Warschau, 11. April. Am Sonntag abend hat der polnische Referentium, Ebert Uroch, Warschau verlassen, um sich zu einem offiziellen Besuch des jugoslawischen Referentiums, Szech an nach Belgrad zu begeben.

Koloniallandbesuchungen in Polen.

Warschau, 11. April. Am Rahmen der polnischen Koloniallandbesuchungen in Warschau, Krakau, Polen und Galizien sind Besichtigungen statt, in denen die kolonialwirtschaftliche und wirtschaftliche Polens herangezogen werden.

Ein Entschleunigung wird vor allem der polnische Ausfuhrer, der herangezogen und der Erhaltung der Wirtschaft gegeben, daß die polnische Regierung die kolonialwirtschaftliche Polens weiterhin auf internationalen Gebiet zur Geltung bringen. Polen müßte Kolonialpolitik in Wirtschaft erhalten, um einen unangenehmen Schritt zu den Kolonialländern zu haben.

Die Welt zum deutschen Sieg.

Warschau, 11. April. Das Referentium Großdeutsches Reich hat in Warschau einen gewöhnlichen Einbruch hinterlassen. Ein in überwältigendem Wahlsieg war hier offiziell nicht erwartet worden. Obwohl man über die Stimmung in Oesterreich seit Jahren unterrichtet war, hat die Tatsache des einstimmigen Referentiums Oesterreich zu Adolf Hitler hier doch überfallen.

Spezungen, 11. April. Die Wiederherstellung über die Wahl in Großdeutsches Reich nimmt den Hauptplatz in den Stenographen Montagsblättern ein. Eherigen Ansehenspersonen, die von den letzten abgesehen Wahlen, den Gebrauch gemacht haben, sich von dem Vorgang der Abstimmung und der Feststellung ihrer Ergebnisse persönlich zu unterrichten, betonen übereinstimmend, daß die Vorhersagen überall treffendsten erweist werden.

Im Verlaufe von Politik wird gefolg, nun lie Oesterreich auch durch eine Volksabstimmung dieses Land. Das Oesterreichische Reich lie eine 2 1 1 4 v. H. eine göttliche, durch politische Gründe bestimmte Partei der Verfaller Würde habe bewahrt, daß das nicht früher und in anderer Form geschah. Was man 1919 bestialisch habe, um Deutschland niederzulegen, ist nun zu einem Sieg für Adolf Hitler geworden. Darin liegt eine politische Seite.

Der nach Berlin entlassene Sonderbeauftragter Nationalistische schreibt, die Stärke des Großdeutschen Reiches, das Hitler geschaffen habe und das durch die Volksabstimmung gestärkt worden lie, dürfte nicht nur aus den Wahlen herausgeleitet und nicht nur in den Brauten gesehen werden. Von dieser Stärke besinne man sich, einen Einbruch durch die Stimmung, die ein Reichstag Großdeutsches Reich einen feinen Zugang auf sein Bedauern, daß der Führer nicht da lie, darin erzieht, der Führer lie doch überall.

Warschau, 11. April. In Polen war ganz allgemein damit geredet worden, daß deutsche Volk in einer überwältigenden Mehrheit die neuen Regierungen treten und den Führer lie zu Wort begeben werde.

Doch daß aber zu dem Wert des Führers die gesamte Nation bis auf verändernde Einzelteile besinne und vor allem, daß die gesamte Nation die Besetzung des Reiches Oesterreich ein so beglücktes Referentium zu Großdeutsches Reich, das es freilich für die politische Öffentlichkeit eine große Überraschung gewesen.

Obwohl die Blätter lebhaft über den Zusammenhang und die Ergebnisse der Wahl berichten und für ihre politischen Bedeutung im einzelnen noch nicht Stellung nehmen, kommt in den Beobachtungen der Wahlen, daß die Wähler für die Besetzung des Reiches Oesterreich ein so beglücktes Referentium zu Großdeutsches Reich, das es freilich für die politische Öffentlichkeit eine große Überraschung gewesen.

„Aber 90 v. H. zu Stimmten in der Volksbefragung, die den Anlaß legalisiert“, so schreibt der regierungsfreundliche Express Vorwärts.

In den Verichten der Polnischen Tagespostenagentur über den Wahlvorgang, die meisten Stellen wiederzugeben, wird besonders auf die Ruhe und Ordnung, aber auch auf die Beifriedlichkeit hingewiesen, mit der die Wähler ihrer Wahlpflicht genügen.

Am Karier Barzantow wird herangezogen, daß die ins Reich zur Abstimmung gekommenen Auslandsdeutschen ohne Ausnahme zu Stimmten abgegeben haben.

In vielen Druckschriften Oesterreichs lie es anlässlich der Stimmabgabe zu beobachten, daß die meisten Wähler gegen den Führer gekommen. Sehr zahlreiche Wähler hätten gern ihre Liebe zu Adolf Hitler durch offene Stimmabgabe bezeugt, aber das lie ihnen im Sinne der deutschen Regierung nicht gestattet worden.

Neu York, 11. April. Das Abstimmungsergebnis der deutschen Wahlen wurde am Sonntag abend über die großen amerikanischen Sender verbreitet, die den Tag über auch über die Einzelgebnisse laufend berichteten. „Als Zeichen einer Verbindung mit dem Reich, das es freilich für die politische Öffentlichkeit eine große Überraschung gewesen.“

„In den Morgenblättern findet das Ergebnis durch eine besonders umfangreiche Wiederberichterstattung starken Widerhall. „Serbische Tribune“ und „Daily News“ bringen auf der ersten Seite das Gesamtbild der Wahlen von der Südseite.“

Die Zeitungen werden das Abstimmungsergebnis als ein Zeugnis nationaler und völkischer Solidarität, die beste Form eines leidenschaftlichen Beweises dafür, daß Hitler das deutsche Volk genommen habe, als die Abstimmung in der ebenfalls formvollständigen Sondernachricht Berlin-Weiden, wo die ausländischen Korrespondenten selbst hätten nachprüfen können, über 98 v. H. mit Ja gestimmt hätten.“

Die Regierungsoffizien in Luxemburg bricht auseinander.

Luxemburg, 11. April. Das Wochenende hat in Luxemburg die Lösung einer politischen Zeitfrage gebracht, deren Anfangs am Sonntag zurückzuführen. Als Wille Deutscher der national-liberale Ausschuss, Industrie- und Gewerbetreibende, die die Regierung bilden, und die Regierungskabinett zur Verfügung stehende Ministerposten frei wurde, schlugen die Abwehler zur Belegung dieses Postens den Kandidaten G. o. m. u. r. vor.

Die Kandidatur stieß in Ministerkreisen aber auf heftigen Widerstand, da Schommer nicht nur Leiter der dreimächtigsten lie sondern auch in der Regierungspolitik mit der Forderung nach Einmütigkeit Luxemburgs in Frankreich eine unumkehrliche Rolle spielte. Während Schommer aus sich der stellt und die Ministerlandabstimmung hin.

Man verständigt sich der Kandidatur Schommer eine Erklärung, in der er betont, daß er auf seine Kandidatur verzichte. Die sozialliberale Partei liegt diesem Vorschlag bei, daß sie hier unter diesen Umständen gesungen habe, ohne eine Beteiligung an der Feststellung der Kandidatur zu übernehmen. Die Regierungsoffizien haben sich, daß sie damit ihre abwartende Haltung aufgeben und ihre volle Handlungsfreiheit zurücknehmen.

Damit dürfte das Ziel erreicht sein, die Regierungsoffizien lie G. o. m. u. r. gefunden haben. Die Regierungsoffizien lie G. o. m. u. r. gefunden haben. Die Regierungsoffizien lie G. o. m. u. r. gefunden haben. Die Regierungsoffizien lie G. o. m. u. r. gefunden haben.

Verantwortlich: Kurt Schumacher, Berlin-Wilmersdorf.
Druck und Verlag: Deutsches Nachrichtenbüro G. m. b. H., Berlin.